



Ein schöner und zweckmäßiger Kinderspielplatz wurde im Durchgangslager Unna/Massen angelegt. Auch die Kinder der dort untergebrachten Spätaussiedler sollten eine vorbildliche Spielstätte erhalten.
Foto: Tüßelmann

Steuerabzugsfähigkeit der Kindergartenbeiträge gewünscht

Nach Paragraph 2 des Kindergartengesetzes hat der Kindergarten im Elementarbereich des Bildungssystems einen eigenständigen Bildungsauftrag; aus diesem Grund ist der Kindergartenbeitrag der Eltern eine Bildungsaufgabe. Der CDU-Abgeordnete Paumen fragt die Landesregierung, ob sie beabsichtigt, „eine Initiative zu ergreifen, damit zukünftig Kindergartenbeiträge von der Steuer abgesetzt werden können“ (Drs. 1572).

Abgeordnete fragen

Monostruktur im Bergischen

Mit der beabsichtigten Schließung des Werks Wuppertal-Barmen (Bemberg) der Enka Glanzstoff AG, die den Verlust von 2500 bis 3000 Arbeitsplätzen zur Folge hat, verliert die Stadt Wuppertal einen ihrer wenigen größeren Betriebe. Die Stadt Wuppertal und der Bergische Raum werden dann noch stärker als bisher von mittleren und kleinen Industriebetrieben geprägt. Die SPD-Abgeordneten Grätz und Dr. Nehrling richten folgende Frage an die Landesregierung: „Teilt die Landesregierung die Ansicht, daß es nicht nur eine Monostruktur in Form einseitiger regionaler Branchenschwerpunkte, sondern, wie es im Bergischen Raum der Fall ist,

auch in Form eines Dominierens zu kleiner und daher oft nicht ausreichend wettbewerbsfähiger und wachstums-trächtiger Betriebe gibt?“ Außerdem fragen die beiden Abgeordneten: „Welche Erfordernisse müssen erfüllt und könnten von der Landesregierung unterstützt werden, um die Ansiedlung größerer Wachstumsindustrien in Gebieten mit der oben erwähnten Monostruktur zu fördern?“ (Drs. 1627).

Übergangsmöglichkeiten

Durch Umwandlung der Höheren Fachhochschulen ist die Möglichkeit des Übergangs von Absolventen der Fachhochschulen für Sozialpädagogik unter Anrechnung von zwei Semestern in die Höheren Fachschulen für Sozialpädagogik grundsätzlich nicht mehr gegeben. Der CDU-Abgeordnete Sellmann fragt: „Welche Schritte sieht die Landesregierung vor, um den Absolventen einer zweijährigen Fachschule für Sozialpädagogik, die mit dem Abschluß der Mittleren Reife insgesamt zwölf Schuljahre nachweisen können, den direkten Übergang zur Fachhochschule (Fachbereich Sozialwesen) für den Zeitraum nach 1975 zu ermöglichen?“ Bis zum Wintersemester 1974/75 wurde in Nordrhein-Westfalen eine Übergangsregelung geschaffen, nach der ein Studium an der Fachhochschule möglich ist (Drs. 1582).

Sehbehindertenschulen

Mit der Situation der Lehrer an Sehbehindertenschulen der Landschaftsverbände beschäftigt sich der CDU-Abgeordnete Pürsten. Das Kultusministerium hat gemäß Paragraph 10 Absatz 3 des Schulverwaltungsgesetzes die Landschaftsverbände zur Errichtung und Fortführung von Schulen für Sehbehinderte verpflichtet. Der Status der Lehrer an diesen Schulen als Landesbeamte ist hiervon bisher nicht berührt. Die Lehrer klagen darüber, daß durch die Unsicherheit der Regelung ihres Dienstverhältnisses verschiedene schulische Probleme ungeklärt seien. Der

Abgeordnete will unter anderem wissen, wie die Zuweisung von Lehrern garantiert wird, „wenn die untere Schulaufsicht weiter zuständig bleibt für Lehrer an Schulen der Landschaftsverbände“ (Drs. 1588).

Lebensmittelüberwachung

Im Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 ist bis 1975 die Konzentration der Chemischen Untersuchungsämter genannt. Der CDU-Abgeordnete Köhler will wissen, „was unter ‚Konzentration der Chemischen Untersuchungsämter‘ zu verstehen ist“. Weitere Fragen: „Soll ihre Zahl verringert werden? Welche Maßnahmen sind zur Erreichung der Konzentration eingeleitet?“ (Drs. 1602).

Vom 20. bis 26. sind im Landtag eingegangen: 22 Drucksachen, 9 Vorlagen und 20 Zuschriften*).

S-Bahn-Verkehr Düsseldorf–Duisburg –Essen–Dortmund

Pressemeldungen zufolge ist die Aufnahme des S-Bahn-Verkehrs zwischen Düsseldorf und Dortmund erneut verschoben worden und nun für 1975 geplant. Ebenfalls zurückgestellt ist der Bau des Haltepunktes Duisburg-Rahm, der ursprünglich 1971 fertiggestellt werden sollte. Bereits im Vorjahr wurden die Haltepunkte Duisburg-Schlenk und Duisburg-Buchholz in den Nahschnellverkehr einbezogen, während der südlich gelegene Stadtteil Rahm keine Schnellbahn-anbindung hat. Der SPD-Abgeordnete Dr. Antwerpes fragt die Landesregierung: „Wann ist mit der Aufnahme des S-Bahn-Verkehrs auf der genannten Strecke zu rechnen? Wann wird mit dem Bau des Haltepunktes Duisburg-Rahm begonnen?“ (Drs. 1599).

Europäische Energiepolitik

Die EWG-Kommission hat in ihrem Jahresbericht 1971 zum Ausdruck gebracht, daß zusätzliche Energie auf der Grundlage atomarer Kraftwerke geschaffen werden müsse. Sie hat diese Forderung mit den Aspekten der Sicherheit in der Energieversorgung begründet. Der CDU-Abgeordnete Dr. Hüsch stellt die Frage: „Teilt die Landesregierung diese Auffassung?“ Und: „Welche Maßnahmen sind seitens der Landesregierung ergriffen, um der Empfehlung der EWG-Kommission zu entsprechen?“ (Drs. 1604).

*) Im Archiv des Landtags einzusehen. Drucksachen (Gesetzentwürfe usw.) gegen ermäßigte Gebühr beim Archiv des Landtags zu beziehen. Wortlaut der beschlossenen Gesetze vor Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NW ebenfalls beim Archiv des Landtags zu beziehen.